



*Den Aufbruch gestalten. Klimapolitik zur Chef*innensache machen.*

Klar geht das.

*Die ersten 100 Tage richtig nutzen, den Aufbruch gestalten, Klimapolitik zur Chef*innensache machen.*

Berlin hat als erstes Bundesland die Klimanotlage anerkannt. Wichtige Weichen wurden in den vergangenen fünf Jahren bereits gestellt: Mit dem **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK)** wurde erstmals ein klarer Leit- und Handlungsrahmen gesetzt und auch die Wirtschaft adressiert. Mit dem **Mobilitätsgesetz** wurde die Grundlage für eine emissionsärmere Mobilität gelegt. Der **Kohleausstieg bis 2030** ist beschlossene Sache. Seit der **Novelle des EWG** hat unsere Metropole nicht nur die ambitioniertesten Klimaziele aller Bundesländer sondern mit dem Einstieg in die **Regulierung der Fernwärme** und dem **Klimacheck** auch mutig gesetzgeberisches Neuland beschritten. Auch mit dem Masterplan Solar City und dem **Solargesetz** wurden entscheidende Schritte Richtung nachhaltige Energieversorgung gegangen. Bei der Klimaanpassung sind mit der **Einleitbeschränkung**, dem **Masterplan Wasser** und der **Regenwasseragentur** erhebliche Fortschritte erzielt worden.

Das ist kein Grund für Selbstzufriedenheit oder gar zum Innehalten. Der Weltklimarat mahnt uns, schneller zu werden, noch schneller. Aber vor allem mahnen uns die schlimmen Bilder der vergangenen Wochen: Überschwemmungen, Stürme, Dürren, Hitzesommer und Waldbrände in der Welt, in Europa, in Deutschland. Jetzt entscheidet sich, ob wir unseren Kindern eine lebenswerte Welt überlassen. Ihre Zukunft ist in unseren Händen.

Auch bei uns in Berlin ist der Klimawandel längst angekommen und nicht zuletzt der Zustand unserer Wälder und Straßenbäume gibt ein beredtes und trauriges Zeugnis davon. Nach fünf Jahren Regierungsbeteiligung, nach Erfolgen und Rückschlägen, nach heftigen Kontroversen im Senat und nach harten Debatten im Abgeordnetenhaus vor allem aber nach den eindringlichen und neuesten Erkenntnissen der Wissenschaft ist die Lehre für uns Grüne eindeutig: **Wir werden die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels nur verhindern und unsere Stadt auf die künftigen Herausforderungen einstellen können, wenn Klimapolitik zur Richtschnur allen politischen und gesellschaftlichen Handelns wird.** Klimaschutz ist nichts, dass man an den Nachbarn, an „die da oben“ oder eine Fachverwaltung delegieren kann. Vor allem dies: Klimaschutz muss Chef*innensache sein. Nur wenn Klimaschutz Chef*innensache ist, kann es das Denken und Handeln aller Verwaltungen verändern. Wenn Klimaschutz zum Spielball im Behörden Ping Pong wird, verspielen wir unsere Zukunft.

In unserem Wahlprogramm haben wir aufgeschrieben, was wir uns für die nächsten fünf Jahre vorgenommen haben und wie wir Berlin klimaneutral machen wollen. Alles ist wichtig, wenig verzichtbar, es gibt keine großen und einfachen Lösungen, sondern nur ein beharrliches Abarbeiten der vielfältigen Ansätze und Zielkonflikte.

Deshalb werde ich ab dem ersten Tag meine ganze Kraft darauf verwenden, Berlin zur klimaneutralen Metropole zu gestalten und bis zum letzten Tag der Legislatur dafür hart arbeiten. Nach 100 Tagen möchte ich bereits wichtige Weichen gestellt haben.

Bettina Jarasch



1. Einrichtung eines Klimasenats, denn Klimaschutz ist Chef*innensache

Es darf nicht länger so sein, dass Klimaschutz nur die gefühlte Aufgabe der SenUVK und der SenWEB ist. Alle Ressorts müssen in ihrem Verantwortungsbereich dazu beitragen. Deshalb wird der Senat regelmäßig als Klimasenat tagen und werden die Ressorts regelmäßig ihre klimapolitische Agenda vortragen und über ihre Fortschritte Rechenschaft ablegen. Zielkonflikte müssen dort aktiv angesprochen und aufgelöst werden. Ressortabstimmungen sind wichtig, aber sie dürfen nicht zu einer Klimapolitik auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner führen.

- **Deswegen werde ich in den ersten 100 Tagen einen Klimasenat unter meiner Leitung einberufen und deutlich machen: Klimapolitik hat Priorität - im Senat und in den Verwaltungen.**

2. Einberufung eines Bürger*innenrates, denn Klimaschutz geht alle an

Klimaschutz bedeutet Veränderung für alle Menschen in unserer Stadt. Deshalb muss die Stadtgesellschaft noch stärker als bisher einbezogen werden. Ein Klima-Bürger*innenrat bringt wichtige Perspektiven in die politische Diskussion. Zielkonflikte müssen auch hier offen diskutiert und können nicht über die Köpfe der Berlinerinnen und Berliner hinweg gelöst werden. Um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, brauchen wir zudem die Kreativität und Mitwirkung der Bürger*innen. Ihre Vorschläge und die Ergebnisse sollen in die Politik des Senates ebenso einfließen wie in die Weiterentwicklung des Berliner Energie- und Klimaschutzprogramms. So profitiert die Stadt von der Kompetenz und den Kreativitätspotentialen der Zivilgesellschaft und gestalten die Menschen die Klimapolitik entscheidend mit. Dem Klimabürger*innenrat werden auch Kinder und Jugendliche angehören – denn sie sollen mitentscheiden, wenn es um ihre Zukunft geht.

- **Deswegen werde ich als Regierende Bürgermeisterin den Klimabürger*innenrat in den ersten 100 Tagen zur konstituierenden Sitzung einladen.**

3. Grundlage für einen Klimahaushalt legen

Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit – diese Grundsätze der Haushaltswirtschaft greifen zu kurz. Der Haushalt des Landes muss auch klimaklar und klimawahr sein. Die ersten Monate der Legislatur werden maßgeblich von den Verhandlungen über den Doppelhaushalt 2022/2023 geprägt sein. Mit seiner Verabschiedung brauchen wir deshalb neben einem klaren Investitionsschwerpunkt auf Klimaschutz, Energiewende und Nachhaltigkeit ab jetzt auch regelmäßig eine Übersicht, wo wir klimapolitisch stehen und welches CO₂-Budget unserem Land noch zur Verfügung steht. Haushalterische Entscheidungen dürfen davon nicht länger abgekoppelt sein.

- **Deswegen wird der Senat in den ersten 100 Tagen mit dem Haushalt 2022/23 dem Abgeordnetenhaus einen Vorschlag vorlegen, wie wir die notwendigen zusätzlichen Klimaschutz-Investitionen in Form eines zusätzlichen Sondervermögens finanzieren. Und er wird einen Vorschlag vorlegen, wie das begrenzte Berliner CO₂-Budget für die künftige Haushaltsplanung stärker berücksichtigt wird.**

4. Die Wirtschaft bei der Transformation unterstützen

Um klimaneutral zu Wirtschaften bedarf es nicht weniger als einer umfassenden Transformation unserer Wirtschaft. Dies ist gerade für Industrieunternehmen eine immense Herausforderung. Dieser Umbau hin zur Klimaneutralität muss zudem ökologisch UND sozial sein, er darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Dazu brauchen die Berliner Unternehmen die Unterstützung des Landes. Gemeinsam müssen wir an den richtigen Rahmenbedingungen arbeiten, Investitionen in die Infrastruktur tätigen, Weiterbildung fördern und klar



verabreden wo wir hinwollen und welche Etappenziele wir uns setzen, z.B. bei der Umsetzung der „Wasserstoffroadmap für Berlin und die Hauptstadtregion“.

- **Deswegen werde ich den ersten 100 Tagen als Regierende Bürgermeisterin den Steuerungskreis Industrie zusammenrufen und zu einem „Steuerungskreis Transformation“ weiterentwickeln, um gemeinsam mit Unternehmen, Gewerkschaften, Kammern und der Zivilgesellschaft für moderne, nachhaltige Industriearbeitsplätze in Berlin zu sorgen.**

5. Eckpunkte für eine Berliner Renovierungsstrategie

Der Gebäudebereich ist das Sorgenkind der Klimaschutzende. Zielkonflikte der energetischen Sanierung und des Mieter*innenschutzes sind noch immer ungelöst und auch bei den öffentlichen Gebäuden dümpeln die Sanierungsraten vor sich hin. Wir brauchen endlich eine übergreifende Berliner Renovierungsstrategie für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2045. Erfolgreiche Förderprogramme müssen weiter gestärkt, Förderlücken abgebaut werden. Dabei sind bürokratische Hürden weiter zu reduzieren, Sanierungsfahrpläne und Kostenabschätzungen zu erstellen und auch gesetzlicher Änderungsbedarf muss identifiziert werden. Wir brauchen zudem Potentialabschätzungen für serielle Sanierungen in Berlin und sollten prüfen, welche Skaleneffekte gerade bei den Renovierungen der öffentlichen Bauten erschlossen werden können. Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, die BIM, die Fach- und Bezirksverwaltungen müssen zu Treibern der stadtweiten Sanierung werden.

- **Deswegen wird der Senat in den ersten 100 Tagen die Eckpunkte einer Berliner Renovierungsstrategie beschließen und einen ersten Fahrplan, wie ein klimaneutraler Gebäudebestand bis 2045 in der ganzen Stadt erreicht werden kann.**

6. Landeseigene Unternehmen als Leuchttürme der Klimaneutralität

BVG, BSR, Bäderbetriebe und Co. – sie alle müssen ihren Beitrag leisten, damit Berlin klimaneutral werden kann. Viele der landeseigenen Unternehmen haben sich bereits auf den Weg gemacht aber noch zu viele betrachten den Klimaschutz nicht als Aufgabe ihres Kerngeschäfts und auch die Zielbilder der Unternehmen spiegeln das noch nicht wider.

- **Deswegen wird der Senat in den ersten 100 Tagen die Eckpunkte für die Weiterentwicklung der Zielbilder festlegen, sodass diese bereits in 2022 zur Anwendung kommen können und Klimaneutralität für alle landeseigenen Unternehmen zur Richtschnur wird.**

7. Fachkräfte, um das klimaneutrale Berlin zu bauen

Wenn wir Berlin klimaneutral und klimaangepasst umgestalten wollen, braucht es Menschen, die Hand anlegen. Solaranlagen müssen errichtet, Gebäude saniert und gedämmt, Radwege gebaut und Versickerungsflächen angelegt werden. Aber die Arbeits- und Fachkräfte fehlen. Um beispielsweise die Sanierungsrate auf das dringend erforderliche Maß zu erhöhen, müssen in den nächsten 10 Jahren jährlich ungefähr doppelt so viele Menschen im Baugewerbe ausgebildet werden wie zuletzt – insgesamt rund 3.000 zusätzliche Fachkräfte. Tatsächlich wirkt der demographische Wandel aber in die entgegengesetzte Richtung. Wir müssen das Handwerk attraktiv für junge Menschen machen und Umschulungen und Weiterbildungsangebote so aufstellen, dass den Bedarfen von Verkehrswende und Klimaschutz besser Rechnung getragen werden.

- **Deswegen werde ich als Regierende Bürgermeisterin in den ersten 100 Tagen einen runden Tisch „KlimAzuBis“ (Klima-Auszubildende) einberufen, mit dem Ziel, bereits für das Ausbildungsjahr 2022 eine Imagekampagne für Fachkräfte in klimarelevanten Bereichen aufzulegen und die Wirtschaft dazu zu bringen, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.**



8. Den Bund zum Jagen tragen

Klimaneutral werden wir nur, wenn auch der Bund endlich ambitioniertere Rahmenbedingungen setzt. Ob Kohleausstieg, CO₂-Preis oder der Ausbau der Erneuerbaren Energien: Ohne die Weichenstellungen des Bundes geht es nicht. Sofern die künftige Bundesregierung es an nötigem Engagement und Reformwillen missen lässt, werden wir unsere gesetzgeberischen Mitwirkungsmöglichkeiten bestmöglich nutzen. Aber auch unterhalb dieser wichtigen bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen bremsen die Bundesgesetzgebung zu oft die Spielräume aus, die wir als Land brauchen um schneller voranzugehen.

- **Daher werde ich mit dem Senat in den ersten 100 Tagen drei Gesetzesänderungsinitiativen in den Bundesrat einbringen um mehr Spielräume und schnellere Geschwindigkeit für den Weg Berlins zur Klimaneutralität zu ermöglichen: 1) Eine Änderung der Straßenverkehrsordnung, damit die StVO die Verkehrswende nicht mehr behindert und verzögert; 2) Eine Länderöffnungsklausel beim Gebäudeenergiegesetz, damit Berlin ambitioniertere energetische Standards setzen kann; Und 3) eine Änderung des Mieterstromgesetzes, damit wir die Potentiale der Dächer unserer Mieterstand endlich richtig nutzen können.**

9. Die Schubladen öffnen

Die vergangenen Wochen waren davon geprägt, dass wichtige Vorhaben der rot-rot-grünen Koalition trotz einer grundsätzlichen Einigung im Senat auf der Schlussgeraden im parlamentarischen Verfahren an der SPD gescheitert sind: Wichtige Teile des Mobilitätsgesetzes, die Novelle der Bauordnung und die Charta Stadtgrün. Ob tiefgreifende substantielle Bedenken oder ein kurzfristiges parteipolitisches und taktisches Kalkül den Ausschlag gaben, hat sich dem erstaunten Beobachter nicht erschlossen und ist letztlich egal. Fakt ist: Wichtige Bausteine für mehr Klimaschutz und Resilienz in Berlin liegen in den Schubladen der Verwaltungen und werden dringend gebraucht: Gründächer, die unsere Stadt im Hitzestress kühlen und die Folgen von Starkregen abpuffern ebenso wie grüne Oasen und gepflegte Grünanlagen für Erholung und Schatten. Und eine nachhaltige Mobilität braucht mehr Flächengerechtigkeit für Radfahrende, für die Wirtschaft, für schnelle Busse und mehr Lebensqualität.

- **Deswegen werde ich mit dem Senat in den ersten 100 Tagen diese drei Vorhaben neuerlich dem Abgeordnetenhaus zur Entscheidung vorlegen.**

Bettina Jarasch

Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin

Bündnis 90/Die Grünen Berlin

www.gruene.berlin